

# ParlamentarierInnen im Nord-Süd Dialog



## Inhalt

No. 18-19 / Mai 2011

- 2 Runder Tisch zu bilateralen Investitionsschutzabkommen – Fluch oder Segen für die Partner im Süden?
- 4 Hunger fällt nicht vom Himmel  
Gastbeitrag von Michael Hauser, Centre for Development Research, Universität für Bodenkultur Wien
- 5 AWEPA – Focus on Agriculture and Food Security  
Beitrag von AWEPA International, Amsterdam
- 6 IV. Generalversammlung der AWEPA Sektion Österreich
- 7 Die Wirkung österreichischer Entwicklungszusammenarbeit  
Reise der entwicklungspolitischen SprecherInnen der Parlamentsparteien in das Schwerpunktland Burkina Faso in Westafrika
- 9 Überparteiliche parlamentarische Resolution zur stärkeren Einbindung von Frauen in Friedensprozesse
- 11 GROSSES TUN MIT EINEM KLEINEN ZEICHEN – Demokratie heißt FAIR Handeln  
Gastbeitrag von Barbara Weinmann, FairTrade Österreich, Marketing Großverbraucher
- 12 Zahlen, Fakten, Hintergründe

Im Rahmen der Reise der entwicklungspolitischen SprecherInnen der Parlamentsparteien in das Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit Burkina Faso besuchte die Delegation u. a. die landwirtschaftliche Berufsschule in Koutoura. Die Wichtigkeit einer kleinstrukturierten, nachhaltigen Landwirtschaft wird im Gastbeitrag von Michael Hauser unterstrichen.

Foto: ADA,  
Heidi Liedler-Frank

## Editorial



**Sehr geehrte Frau Abgeordnete,  
sehr geehrter Herr Abgeordneter,**

Die Globalisierung gerecht zu gestalten und die tiefe Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden ist die große politische Herausforderung unserer Zeit. Die Voraussetzung dafür ist, dass das weltweite Finanz- und Wirtschaftssystem politisch kontrolliert und Regeln unterworfen wird. Faire Globalisierung, die auch zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen im Süden führt, ist auch im Eigeninteresse der Menschen im Norden.

Das parlamentarische Nord-Süd Dialog Projekt beschäftigt sich mit Themen kohärenter Nord-Süd Politik wie z. B. fairen Handelsbeziehungen und schafft es, sich als österreichische AWEPA (European Parliamentarians with Africa) Sektion in den interparlamentarischen Dialog mit afrikanischen Ländern einzubringen. Ich freue mich, dass es durch das Nord-Süd Dialog Projekt gelungen ist, eine überparteiliche Plattform ins Leben zu rufen und damit eine starke Stimme für afrikanische Anliegen im österreichischen Parlament zu haben.

Mit Ende Juli werde ich meine Arbeit für das Projekt beenden. Auch die Vorstandsarbeit innerhalb der AWEPA Internationale werden aktive Abgeordnete übernehmen und dies ist auch mein letztes Editorial. Ich bedanke mich sehr herzlich bei allen Abgeordneten, den PräsidentInnen des Nationalrates und den MitarbeiterInnen des Parlaments für die freundliche Unterstützung des Nord-Süd Dialog Projektes sowie für die gute Zusammenarbeit und wünsche dem Projekt weiterhin viel Erfolg!

Ihre

NR a. D. Inge Jäger

# Runder Tisch zu bilateralen Investitionsschutzabkommen – Fluch oder Segen für die Partner im Süden?

Die AWEPA Sektion des österreichischen Parlaments lud zu einer Diskussionsrunde über die Zukunft des internationalen Investitionsschutzes aus österreichischer Perspektive

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde am 1. Jänner 2009 die Kompetenz für ausländische Direktinvestitionen (FDI – Foreign Direct Investment) von der nationalen auf die EU-Ebene verlagert. Dadurch muss auch die Rolle der mehr als 1200 bilateralen Investitionsschutzabkommen (BITs – *Bilateral Investment Treaties*) der EU-Mitgliedsstaaten, die mit zahlreichen Entwicklungs- und Schwellenländern in den vergangenen Jahren abgeschlossen wurden, neu definiert werden. Davon betroffen sind auch die 59 österreichischen Verträge.

Kritiker bemängeln, dass Regierungen mit der Unterzeichnung dieser Investitionsschutzabkommen einen beträchtlichen **Souveränitätsverlust hinsichtlich ihres politischen Gestaltungsspielraums in Kauf nehmen müssen**, da die Abkommen Investoren weit reichende Rechte zusichern. Sie geben zudem den Investoren das Recht bei vermeintlichen Verstößen, souveräne Staaten vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen.

Spätestens seit der Klage italienischer Investoren, die sich durch die neue *Black Economic Empowerment Politik (BEE)* der südafrikanischen Regierung in ihren Rechten verletzt fühlten, wird breit darüber diskutiert, **wie eine zukünftige Investitionspolitik ausgestaltet werden muss, die Politikkohärenz<sup>1</sup>, Menschen- und Umweltrechten sowie deren politischen Gestaltungsräumen besser Rechnung trägt**. Südafrika hat alle Vertragspartner, darunter auch Österreich, um eine Neuverhandlung seiner BITs gebeten. Die Änderung eines Abkommens bedarf der Zustimmung des Österreichischen Parlaments.

Dies sowie die aktuelle Diskussion auf EU Ebene über Inhalt und Ausrichtung der zukünftigen EU-Investitionspolitik nahm die AWEPA Sektion Österreich zum Anlass, um gemeinsam mit der österreichischen Forschungsförderung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) am 8. März 2011 im österreichischen Parlament zu einem hochrangig besetzten



Runden Tisch einzuladen. Ziel der Veranstaltung war es, Chancen und Risiken der BITs aus österreichischer Sicht zu diskutieren und diesbezüglich Handlungsoptionen für das österreichische Parlament abzuleiten.

Die VertreterInnen der Ministerien sowie der Wirtschaftskammer verwiesen hierbei besonders auf den österreichischen Mustertext von 2008, der die Grundlage für Verhandlungen mit anderen Staaten darstellt und in dessen Kern explizite Bestimmungen zu Umweltschutz und Arbeitsrecht verankert wurden. Demgegenüber kritisierten die VertreterInnen der Arbeiterkammer und der Zivilgesellschaft, dass der Mustertext lediglich eine Vorlage darstelle und das endgültige BIT diese Bestimmungen nicht zwingend enthalten müsse. Von wissenschaftlicher Seite wurde einerseits der Nutzen von BITs für Entwicklungsländer unterstrichen, da sie die Attraktivität des Landes für Auslandsinvestitionen erhöhen und Investoren eine sichere rechtliche Basis bieten. Andererseits wurde entgegnet, dass empirisch keine eindeutige Korrelation zwischen BITs und einer Zunahme an Auslandsinvestitionen nachzuweisen sei.

Die teilnehmenden Abgeordneten sahen die Veranstaltung als wichtigen Schritt sich auf parlamentarischer Ebene verstärkt mit dem internationalen Investitionsschutz zu befassen. **NR-Abg. Franz Glaser** betonte den positiven wirtschaftlichen Effekt, den BITs besonders für Entwicklungsländer haben können, während **NR-Abg. Judith Schwentner** die aktuelle Situation als Chance sieht, um vermehrt Fragen der politischen Kohärenz in die Diskussion über die zukünftige europäische

Investitionspolitik einzubringen. Die Sinnhaftigkeit eines Systems internationaler Gerichtsbarkeit für Investitionsstreitigkeiten abseits des Rechtsgewirrs der zahlreichen BITs wurde von **NR-Abg. Christoph Matznetter** erläutert und **NR-Abg. Johannes Hübner** konstatierte, dass eine positive Diskriminierung im Sinne einer gewissen Bevorzugung der inländischen WirtschaftsteilnehmerInnen besonders für ökonomisch schwache Staaten notwendig sei, da lokale Unternehmen dem Konkurrenzdruck multinationaler Konzerne oft nicht gewachsen sind. Für **NR-Abg. Gerhard Huber** gilt es zu verhindern, dass souveräne Staaten im Rahmen der BITs von internationalen Investoren unter Druck gesetzt werden können und **NR-Abg. Kai Jan Krainer** hob hervor, dass Investoren Rechtssicherheit benötigen, diese aber eine Weiterentwicklung von Umwelt-, Sozial-, Steuer- oder Menschenrechtsstandards nicht behindern dürfe.

AWEPA-Vorsitzende **NR-Abg. Petra Bayr** resümierte abschließend, dass einerseits divergierende Sichtweisen zum Thema bestehen, andererseits aber auch ein Konsens in Bezug auf die Interessen der Entwicklungsländer und den Schutz von Menschenrechten sowie umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Standards bestehe. Die Veranstaltung markierte für die TeilnehmerInnen den Beginn eines konstruktiven Dialogs und eine weitere Auseinandersetzung mit der Thematik ist geplant.

<sup>1</sup> Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung = Klassischen Politikfelder dürfen die Ziele der Entwicklungspolitik nicht untergraben, sondern sollen dazu beitragen, diese Ziele zu erreichen.

## Bilaterale Investitionsschutz-abkommen (BITs)<sup>1</sup>

BITs werden in der Regel zwischen einem Industrie- und einem Entwicklungs- oder Schwellenland abgeschlossen und legen die rechtlichen Rahmenbedingungen fest, unter denen natürliche und juristische Personen in einem fremden Land investieren können.

### Klassische Schutzfunktionen:

- Diskriminierungsverbot
- Enteignung nur gegen Entschädigung
- Faire und gerechte Behandlung

### Streitbeilegungsmechanismus:

Private Investoren können bei vermeintlichen Verstößen Klagen gegen souveräne Staaten bei internationalen Schiedsgerichten (ICSID, UNCITRAL, u.a.) einleiten. Fälle werden primär gegen Entwicklungsländer, zunehmend aber auch gegen Industriestaaten eingeleitet. Bereits 17% der gesamten Fälle richten sich gegen EU-Mitgliedsstaaten.

Problematisch gestaltet sich hierbei die mangelnde Transparenz der Schiedsgerichte und dass Fälle in sensiblen Politikbereichen, wie im Umwelt- oder Sozialbereich, eingeleitet werden. Dazu kommen fehlende Berechenbarkeit und Rechtssicherheit aufgrund vager und unklar definierter Begriffe, wie bspw. indirekte Enteignung, die der Interpretation des Schiedsgerichts unterliegen. Diese Problematik wird durch hohe Anwalts- und Entschädigungskosten ergänzt, die der Staat zu tragen hat und welche aus öffentlichen Mitteln finanziert werden müssen.

### Aktueller Diskussionsstand:

- Wunsch nach Präzisierung der Begriffe
- Verankerung von Nachhaltigkeitsprinzipien in Präambeln
- Verankerung umwelt- und sozialrechtlicher Verpflichtungen
- Wunsch nach mehr Transparenz der Verfahren
- Staaten haben Modellabkommen entwickelt
- Überarbeitung der bisherigen BITs

Auf EU-Ebene wird aktuell über die zukünftige europäische Investitionspolitik verhandelt.

<sup>1</sup> vgl. Bernasconi-Osterwalder, Nathalie (2010): Anhörung vor dem Europäischen Parlament zu ausländischen Direktinvestitionen. IISD: Genf

Abb. v.l.n.r.  
TeilnehmerInnen des Round Table.

Karin Küblböck (ÖFSE-Österreichische Forschungsförderung für internationale Entwicklung) fasst die Ergebnisse des Round Table zusammen.

Weiterführende Diskussionen in Kleingruppen.



# Hunger fällt nicht vom Himmel

Nahrungsmittelkrisen sind hausgemacht, nicht zuletzt durch die jahrzehntelange Vernachlässigung der Landwirtschaft. Es braucht wirksame Strategien zur langfristigen Förderung nachhaltiger Nahrungsmittelproduktion, insbesondere in Afrika. Österreich muss sich stärker engagieren.

Michael Hauser, Centre for Development Research, Universität für Bodenkultur Wien

Im Jahr 2004 wurden 3,5 Prozent der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA – Official Development Assistance) für landwirtschaftliche Entwicklung aufgewendet. 2008 befanden sich die ODA-Leistungen zu Gunsten afrikanischer Landwirtschaft auf dem Niveau von 1975. Seit den 1980er Jahren ist Landwirtschaft aus der Mode, auch in Afrika. In der Maputo-Deklaration von 2003 versprachen afrikanische Regierungen zumindest 10 Prozent ihrer Budgets in Landwirtschaft zu investieren. Delegierte des siebten Plattform Treffens des „Umfassenden landwirtschaftlichen Entwicklungsprogramms für Afrika“ (CAADP – Comprehensive Africa Agriculture Development Programme) im März 2011 stellten nüchtern fest, dass von 53 Staaten acht die Zielvorgabe erreichten. Das CAADP ist ein Programm von NEPAD (New Partnership for Africa's Development) der Afrikanischen Union.

Rational erklären lässt sich die Vernachlässigung von Landwirtschaft nicht. Fallende Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Güter sowie die schlechte Leistungsbilanz des Sektors in den

1980er Jahren sind wohl Ursachen. Auch der Wettbewerb um ODA-Gelder mit anderen Sektoren spielte eine Rolle. Landwirtschaftliche Forschung und Beratung standen still. Dies erhöhte die Verletzlichkeit des Sektors sowie dessen Fähigkeit, sich an neue Herausforderungen wie Klimawandel, Degradierung natürlicher Ressourcen und die rasche Expansion von Ballungszentren anzupassen.

Seit 2008 ist Landwirtschaft zurück auf der politischen Agenda. Private Stiftungen spielen eine zunehmende Bedeutung in der Finanzierung landwirtschaftlicher Entwicklung. Im Mittelpunkt von Entwicklungsprogrammen stehen Produktivitätssteigerungen durch neue agronomische Verfahren und verbessertes Saatgut. Das ist auch ein Ziel von AGRA (Alliance for a Green Revolution in Africa). Die Suche nach Wegen zur Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion in Afrika und die Schaffung von Zugang für die wachsende Bevölkerung ist nachvollziehbar. Über die Art und Weise, wie nachhaltige Intensivierung von Landwirtschaft funktionieren kann, herrscht Uneinigkeit. AGRA setzt dabei

auf das Nachholen der Grünen Revolution in Afrika.

Alternative landwirtschaftliche Entwicklungsmodelle, wie nachhaltige Bodennutzung oder ökologische Landwirtschaft, finden zu wenig Beachtung. Der Weltagrarbericht plädiert deshalb für einen radikalen Kurswechsel in der landwirtschaftlichen Entwicklungspolitik. Im Mittelpunkt dieses Kurswechsels steht die Forderung nach umfassender Förderung von nachhaltiger, kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Ökologischer Landbau ist eine von mehreren Optionen. In Österreich wurden der Weltagrarbericht sowie der Ruf nach einem Kurswechsel unzureichend reflektiert. Angesichts der Gefahr weiterer Nahrungsmittelkrisen ist das politische Desinteresse Österreichs auffallend.

Zwar stiegen die OEZA Mittel der ADA (Austrian Development Agency) Ausgaben für die Sektoren Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei von 4,9 % (€ 4,9 Millionen, 2007) auf 5,61 % (€ 5,61 Millionen, 2009). Doch im Jahr 2010 fielen die Ausgaben auf etwa € 3,05 Millionen und zudem entsprechen diese nicht der tatsächlichen Bedeutung des Sektors, die er im Sinn eines langfristig angelegten Beitrags zur globalen Ernährungssicherung haben sollte. Angesichts der Budgetkürzungen bei der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit werden die Stellung von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei weiter schwinden. Generell stellt sich die Frage, welche konkurrierenden Interessen der Förderung von nachhaltiger Landwirtschaft durch die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit entgegenstehen. Wenn die österreichische Bundesregierung einen ernsthaften Beitrag zur Sicherung von Ernährung



Die Förderung einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft in den Ländern des Südens wird als ein Weg der Nahrungssicherung propagiert.

Foto: ADA, Heidi Liedler-Frank

in Entwicklungsländern leisten möchte, dann sollte diese – neben der Förderung von Politikkohärenz – nachhaltige

Landwirtschaft als Grundlage für die Existenzsicherung von in Armut lebender Menschen aufwerten. Hierzu zählt

insbesondere die längst überfällige politische Verankerung des Themas.

# AWEPA – Focus on Agriculture and Food Security

Building upon the *Third High Level Forum on Aid Effectiveness (HLF3)* held in Accra, Ghana in 2008, AWEPA's Aid Effectiveness programme serves to engage African and European parliamentarians in the aid effectiveness debate through trainings, dialogues, workshops and seminars which cut across the national, regional and continental levels. The transfer of Official Development Assistance (ODA) from donor country taxpayers to recipient country citizens requires parliamentary oversight on both ends of the aid equation. Oversight of the public purse, including the oversight and scrutiny of aid flows, is the constitutionally mandated role of every parliamentarian.

AWEPA's Aid Effectiveness Programme works to elevate parliamentary voices through the following channels:

- The execution of workshops with African parliamentary bodies which serve to bring Members of Parliament (MPs) up to speed on the current state of affairs in the aid reform process and facilitate an open dialogue;
- The systematic engagement of African and European MPs in international fora;
- The establishment of joint parliamentary ODA monitoring teams from the North and the South; and,
- The facilitation of cross-national and national-regional dialogue in Africa through regional conferences.

AWEPA sees the approaching *Fourth High Level Forum: the Path to Effective Development (HLF4)* from 30 Novem-

ber to 1 December in Busan, Korea, as a unique opportunity to engage Austrian Parliamentarians in the aid effectiveness debate over development challenges such as agriculture and food security.

## Agriculture and Food Security

After the signing of a Memorandum of Understanding in October 2010 AWEPA is now working to scale-up efforts in the *Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (CAADP)*. The success of CAADP is an important component in AWEPA's mission, as parliamentarians can play an important role in policy areas of food security and agriculture, if they are sufficiently empowered, and raise the quality of life for people in Africa. The programme goal is to achieve higher economic growth rates attained by African countries through agriculture-led development.

At the 7<sup>th</sup> CAADP Partnership Platform (PP) meeting in Yaoundé, Cameroon from 23-25 March 2011, it became clear that capacity development was needed for improving parliamentary oversight on agricultural matters. The level of priority given to agriculture by African governments and donors alike is low; moreover, the quality of policies on agriculture and the level of national budgets is also low. The meeting featured an in-depth discussion of a key constraint to food safety and security, namely the control of aflatoxins – a fatal toxic fungus which contaminates crops, in particular maize, and is enhanced by a warming climate. Participants at the CAADP event varied from African governments,

farmers' organisations, private sector, African Union Commission, Regional Economic Communities (RECs), and donors. The participants agreed that a working group must be formulated to mainstream the issue of aflatoxins that will create options to adopt best practices to limit its spread. Parliamentarians can be effective communicators in building awareness among farmers and can champion innovative approaches. Parliamentarians have a responsibility to ensure that the best policies are in place, that they are sufficiently funded by domestic and foreign resources, and that all government expenditures are properly scrutinized.

## Next Steps

In view of the upcoming HLF4, AWEPA aspires to work closely with African and European parliamentarians in intensifying a dialogue among parliamentarians within Africa and between Africa and Europe. An emerging consensus is that improved donor practices are needed to increase the role and capacity of parliamentarians in providing democratic ownership, oversight and scrutiny of aid. This year will highlight aid effectiveness activities in cooperation with International Parliamentary Union (IPU), the Parliamentary Network of the World Bank (PNoWB), the Network of African Parliamentarians (NAP) and the ACP-EU Joint Parliamentary Assembly. Throughout 2011, AWEPA will work closely with the Working Party on Aid Effectiveness (WP-EFF) to include contributions from these partners in the recommendations to be debated at the HLF4 in Busan.

## IV. Generalversammlung der AWEPA Sektion Österreich

Die österreichische Sektion von AWEPA traf sich am 1. März 2011 unter dem Vorsitz von NR-Präsidentin Barbara Prammer zu ihrer bereits IV. Generalversammlung im Parlament. Im Vordergrund der Versammlung stand die Neuwahl einer/s Sektionsvorsitzen-

den sowie deren StellvertreterInnen. NR-Präsidentin Prammer bedauerte, sich aufgrund zu knapper zeitlicher Ressourcen nicht mehr zur Wahl stellen zu können und schlug die Vorsitzende des entwicklungspolitischen Unterausschusses NR-Abg. Petra Bayr

als ihre Nachfolgerin vor. Diese wurde einstimmig zur neuen Vorsitzenden der AWEPA Sektion Österreich gewählt und NR-Abg. Franz Glaser sowie NR-Abg. Judith Schwentner, beide ebenfalls Mitglieder des entwicklungspolitischen Unterausschusses, wurden zu StellvertreterInnen ernannt.



Die neuen Vorsitzenden der AWEPA Sektion Österreich – NR-Abg. Judith Schwentner (Stellvertreterin), NR-Abg. Petra Bayr (Vorsitzende) und NR-Abg. Franz Glaser (Stellvertreter).

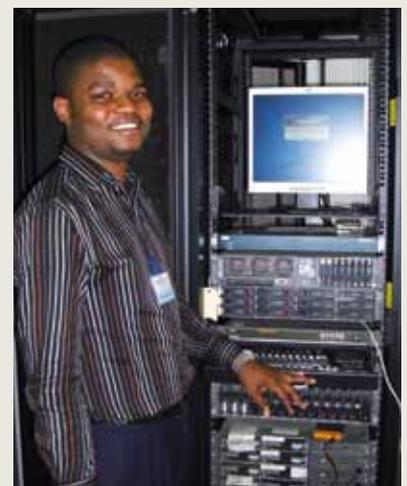
Bevor NR-Präsidentin Barbara Prammer ihr Amt als AWEPA-Vorsitzende an ihre Nachfolgerin übergab, betonte sie die bedeutende Arbeit der AWEPA Sektion Österreich und zeigte sich erfreut, gemeinsam mit ihren ehemaligen StellvertreterInnen, dem II. NR-Präsident Fritz Neugebauer und der NR-Abg. Eva Glawischnig, zukünftig den Ehrenvorsitz der AWEPA Sektion Österreich übernehmen zu dürfen. NR-Abg. Petra Bayr bedankte sich besonders für die geleistete Arbeit des scheidenden Vorsitzes, der maßgeblich zum Aufbau und der Stärkung der AWEPA Sektion Österreich beigetragen hat.

## PROJEKTPARTNERSCHAFT

### VERBESSERUNG DER IT-INFRASTRUKTUR

Im Rahmen eines Projektbesuchs im mosambikanischen Parlament Mitte Dezember 2010 traf sich die Projektleiterin des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs, Jutta Kepplinger, auch mit dem Leiter der IT-Abteilung, Nildo Roberto.

Themenschwerpunkt waren u. a. die im Rahmen des Projekts im Sommer durchgeführten Reparaturen und Adaptionen des Parlamentsservers. Herr Roberto äußerte sich sehr erfreut über die erfolgte Adaption des Servers und versicherte Jutta Kepplinger, dass sich die Arbeitssituation für die Abgeordneten und MitarbeiterInnen seither wesentlich verbessert habe.



# Die Wirkung österreichischer Entwicklungszusammenarbeit

Reise der entwicklungspolitischen SprecherInnen der Parlamentsparteien in das Schwerpunktland Burkina Faso in Westafrika.

Alle zwei Jahre organisiert die Austrian Development Agency (ADA) eine Delegationsreise der entwicklungspolitischen SprecherInnen in ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA). Nach dem Besuch des Himalaya-Königreichs Bhutan im Jahr 2009 stand heuer Burkina Faso auf dem Programm der Abgeordneten. Petra Bayr (SPÖ), Franz Glaser (ÖVP), Johannes Hübner (FPÖ), Judith Schwentner (GRÜNE) und Martina Schenk (BZÖ – in Vertretung für Gerhard Huber) bereisten vom 20. bis zum 27. März das westafrikanische Schwerpunktland der OEZA und wurden dabei von JournalistInnen sowie VertreterInnen der ADA und des BMelA begleitet.

Im Rahmen der Delegationsreise hatten die Abgeordneten die Möglichkeit, österreichische Projekte in Burkina Faso persönlich kennenzulernen, sich ein Bild von deren Wirksamkeit zu machen und den konkreten Einsatz der österreichischen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zu bewerten. In einem

kurzen Beitrag schildern die Abgeordneten einige Eindrücke, die sie während ihres Aufenthalts in Burkina Faso sammeln konnten.

## NR-Abg. Petra Bayr, SPÖ: Klare Perspektiven für Jugendliche

Das nicht-formelle Berufsbildungszentrum in Banfora, im Südwesten Burkina Fasos, bietet jungen Menschen die Möglichkeit eine Berufsausbildung in Landwirtschaft und Viehzucht oder im Bestimmen und Verarbeiten traditioneller Heilpflanzen zu bekommen. Sie sind etwa zwischen 12 und 24 Jahre alt und lernen neben Lesen, Schreiben und Rechnen einen Beruf, mit dem sie später in der Lage sein werden, Geld zu verdienen. Diese Schule hat auch einen „heimlichen Lehrplan“: sie ist eine wirksame Waffe gegen Kinder- und Menschenhandel. Denn gerade in der südwestlichen Grenzregion Burkina Fasos werden junge Leute unter falschen Versprechungen in die Nachbarländer gelockt. Dort landen sie als billige Arbeitskräfte auf den Feldern, wo sie in sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen

ausgebeutet werden und oft keine Chance zur Flucht haben. Die jungen Leute hier haben eine klare Perspektive und gefragt nach ihren Plänen nehmen sich diese schon sehr konkret aus: nach der Schule wollen sie zurück in ihr Heimatdorf gehen, dort mit Hilfe eines Mikrokredits eine Apotheke oder eine Landwirtschaft gründen und schauen, dass möglichst viele von ihrem neu erworbenen Wissen profitieren. „Ich will, dass meine Leute zu qualitativ hochwertiger und leistbarer Medizin kommen“, haben wir zu hören bekommen, ebenso wie: „Ich will in mein Dorf neue Pflanzen bringen, mit denen man am Markt mehr Geld erzielen kann als mit Hirse und Mais.“

Wegen der Verdoppelung der Preise für Baustoffe konnten bisher nur zwei der ursprünglich drei geplanten Schulen errichtet werden. Der Zuspruch ist riesig, junge Leute kommen von weit her, sogar von der Hauptstadt, um hier eine zweite Chance in ihrem Leben zu haben. Viele andere Menschen in Burkina Faso bekommen nicht einmal eine erste.



Abb. v. l. n. r.

HandwerkerInnen in Saaba stellen Pflasterseiten her.

Mitglieder der landwirtschaftlichen Kooperative Bagassi spinnen Baumwolle, ein Hauptexportprodukt Burkina Fasos.

Fotos: ADA, Heidi Liedler-Frank

### NR-Abg. Franz Glaser, ÖVP: Eindrücke aus Burkina Faso

Burkina Faso ist ein gutes Beispiel, wie ein sehr armes Land aus direkter Entwicklungszusammenarbeit Nutzen ziehen kann. Das haben sowohl die Projekte gezeigt, die wir besucht haben, als auch die Gespräche mit Verantwortlichen des Landes. Burkina Faso ist auch ein Beispiel, welchen Aufholbedarf die ärmsten Länder haben. Erst wenn grundlegende Strukturen gefestigt sind, ist eine dauerhafte Entwicklung möglich.

- Zu diesen Grundstrukturen zählen Rechtsstaatlichkeit, Bildung, Verkehrswege, Wasser- und Energieversorgung. Hier braucht Burkina Faso auch weiter die finanzielle Unterstützung von außen, denn das Volumen der notwendigen Investitionen ist gewaltig.
- Eigenständige Regionalentwicklung schafft positive Perspektiven in allen Landesteilen und trägt bei, die Landflucht einzudämmen. Entwicklungszusammenarbeit kann hier ansetzen, um Know-how aufzubauen, Erfahrungen auszutauschen und Fachpersonal zu schulen.
- Sicherheit über Grund und Boden bilden die Basis für bäuerliches Wirtschaften und agrarische Investitionen. Da in Burkina Faso – wie in ganz Afrika – die Landflächen dem Staat gehören und diese oft willkürlich vergeben werden, wäre eine Bodenreform dringend geboten. Nur eine funktionsfähige bäuerliche Landwirtschaft sichert die Versorgung mit Nahrungsmitteln und wirtschaftliche Kreisläufe in ländlichen Regionen.

Österreich genießt in Burkina Faso einen guten Ruf. Das ist vor allem der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit zu verdanken, die seit über 40 Jahren besteht. Sie wird mit viel persönlichem Einsatz betrieben und steht auf dem Fundament einer soliden Zusammenarbeit mit einheimischen Partnern. Sowohl die Arbeit des österreichischen Koordinationsbüros als auch der österreichischen Nicht-Regierungsorganisationen wird hoch geschätzt.

Wenn in Österreich über die bessere finanzielle Ausstattung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit diskutiert wird, kann man die fruchtbringende Kooperation mit Burkina Faso sicher als gutes Beispiel heranziehen.

### NR-Abg. Dr. Johannes Hübner, FPÖ: Kaum Entwicklung trotz vieler Hilfe in Burkina Faso

Bereits seit Jahrzehnten wird Burkina Faso vom österreichischen Steuerzahler mit Entwicklungshilfegeldern unterstützt: 2010 waren es – allein an bilateraler „Hilfe“ – immerhin € 6,9 Mio. Der Anteil der direkten Budgethilfezahlungen am Staatshaushalt schwankt zwischen 35 und 60 % (!!).

Das Fazit Hübners fällt bescheiden aus: Ein Wirtschaftsleben in unserem Sinne findet nicht statt. Selbst in der Hauptstadt Ouagadougou konnten wenige Geschäftsstraßen bzw. -häuser entdeckt werden. In agrarisch geprägten Land ist die Fertigungswirtschaft über kleine Handwerksbetriebe nicht hinausgekommen, industrielle Produktion gibt es so gut wie keine. Mit ausländischer Hilfe errichtete Fabriken stehen still.

Die Analphabetenrate mit 70 % ist hoch, das Schulsystem entspricht dem französischen Kolonialsystem. Die alleinige Unterrichtssprache, Französisch, wird von der Landbevölkerung nicht gesprochen und kaum verstanden. Die Hilfsprojekte vor Ort, z. B. traditionelle Handwerkskurse für Frauen und Behinderte oder die Organisation von Genossenschaften, sind Aufgaben, die wenig kosten, keine nennenswerte Technologie erfordern und auch von einem Entwicklungsland selbst organisiert werden könnten und müssten. Wenn dies nach 50 Jahren Entwicklungshilfe noch immer nicht geschieht, ist ein Umdenken erforderlich.

Die staatlichen Strukturen des Landes können mit den Adjektiven inkompetent und apathisch charakterisiert werden. Unter „4 Augen“ befragte „Burkinabesen“ berichteten einhellig von totaler Korruption der staatlichen Verwaltung. Ungeachtet der fehlenden Fortschritte des Landes in wirtschaftlicher, infrastruktureller oder bildungspolitischer Hinsicht, der enormen internationalen Hilfe und des trotzdem wachsenden Abstandes zum Rest der Welt war die „Entwicklungseuphorie“ der anderen Delegationsteilnehmer ungeboren.

### NR-Abg. Mag.a Judith Schwentner, GRÜNE: Effektiver Einsatz von OEZA Mitteln

Es war mehr als überzeugend zu sehen, was in Burkina Faso mit dem geringen Mitteleinsatz an Projekten durchgeführt wird. Das eingesetzte Geld fließt hier vor allem in Berufsbildung, in die Förderung von HandwerkerInnen, den

Abb. v. l. n. r.  
Die Delegation des österreichischen Parlaments mit einem Vertreter der Dedougou Regionalen Entwicklung, der einen Anzug aus einem Stoff trägt, der anlässlich des 100 Frauentages hergestellt wurde.

Das Projekt Tougan Mülltrennung wird von der OEZA unterstützt.

Fotos: ADA,  
Heidi Liedler-Frank



Aufbau von Kleinunternehmen und die ländliche Entwicklung, und damit in Bereiche, die auch für die Stärkung der Zivilgesellschaft wichtig sind. Gerade die Schwerpunktsetzung auf eine Region, nämlich Boucle de Mouhoun im Nordwesten des Landes, erscheint im Kontext des stattfindenden administrativen Dezentralisierungsprozesses als sinnvoll. Dadurch wird lokale politische Verantwortung gestärkt.

Vor dem Hintergrund der derzeit massiv unter budgetärem Druck stehenden österreichischen bilateralen Hilfe ist es wichtig zu sehen, dass hier die leider viel zu dürftigen Mittel gut und effizient eingesetzt werden. Leider fielen in die Zeit unserer Reise auch innenpolitische Unruhen, teilweise ausgelöst durch den Bürgerkrieg in der Côte d'Ivoire, zum anderen durch offenkundige Menschenrechtsverletzungen durch die burkinische Exekutive.

Viele ArbeitsmigrantInnen aus Burkina kehren jetzt wieder in ihre Heimat zurück. Das verschärft die prekäre wirtschaftliche Situation Burkinas.

und schafft eine explosive soziale Lage. Bereits jetzt sind Unruhen an der Tagesordnung, nicht zuletzt bedingt durch willkürliche Übergriffe der Exekutive. Es ist daher wichtig, dass Österreich den zunehmenden Spannungen im Partnerland Burkina Faso Augenmerk schenkt. Die derzeitige Lage zeigt einmal mehr, wie wichtig entwicklungspolitische Projekte sind, die sozial und wirtschaftlich stabilisierend wirken.

#### NR-Abg. Martina Schenk, BZÖ: Stärkung von Frauen in der Landwirtschaft

Burkina Faso ist ein in Österreich beinahe unbekanntes Land. Also war die Reise für mich eine Reise ins Terra incognita. Ich war das erste Mal in Afrika und das erste Mal in einem Entwicklungsland. Burkina Faso zählt zu den ärmsten Ländern der Welt. Mit seinen über 15 Millionen Einwohnern rangiert es in seiner Entwicklungsstufe an Stelle 161 von 169 Ländern. Umso mehr haben mich die Menschen beeindruckt denen wir begegnet sind. Sie sind freundlich, dankbar und strahlen einen Optimismus aus, den ich in europäischen Län-

dern zum Teil vermisste. Wir haben hauptsächlich Projekte gesehen, die auf die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Österreich zurück zu führen sind. Jedes dieser Projekte ist für die Menschen in diesem 274.000 km<sup>2</sup> großen Land (rund 3 Mal größer als Österreich) ein Geschenk. Besonders beeindruckt hat mich die Initiative „Frauen in der Landwirtschaft“, die dazu geführt hat, dass die Frauen ihre Familien zur Gänze ernähren können. Ebenso ist die „landwirtschaftliche Schule“ eine Bereicherung, denn 85 Prozent der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig.

Die entwicklungspolitische Aufgabe, in der Österreich seit den 1960er Jahren eine zentrale Rolle spielt, muss Bedacht genommen werden, dass das Land auf eine gesunde wirtschaftliche Basis gestellt wird, von der nicht nur einige wenige, sondern die gesamte Bevölkerung profitiert. Vor allem in der Landwirtschaft und im Schul- und Bildungswesen, denn Burkina Faso hat einen bedenklich hohen Anteil von über 70 Prozent an Analphabeten.

# Überparteiliche parlamentarische Resolution zur stärkeren Einbindung von Frauen in Friedensprozesse

Am 31. Oktober 2000 wurde vom UN-Sicherheitsrat die Resolution 1325 verabschiedet, die alle AkteureInnen der internationalen Staatengemeinschaft dazu auffordert, Frauen in Konfliktsituationen besonderen Schutz zukommen zu lassen und sie in Friedensprozesse aktiv einzubinden. Im Vorfeld des 100-jährigen Jubiläums des Internationalen Frauentages am 8. März 2011 ru-

fen die Mitglieder der AWEPA Sektion Österreich dazu auf, Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene zu unterstützen, die entsprechend der UN-Resolution 1325 zu einer stärkeren Mitwirkung von Frauen bei Friedens- und Versöhnungsprozessen beitragen. Frauen spielen in Konfliktsituationen häufig eine Schlüsselrolle für das Überleben ihrer Familien, fördern das fried-

liche Zusammenleben und beteiligen sich aktiv an Friedensbewegungen vor Ort. Es ist erwiesen, dass sich die Natur des Dialogs zwischen den Konfliktparteien verändert, wenn Frauen anwesend sind. Nichtsdestotrotz sind Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen weiterhin unterrepräsentiert und nur sehr wenige Frauen sind bei Vermittlungsprozessen in offizieller Funktion

NR-Präsidentin Barbara Prammer mit Mitgliedern der AWEPA Sektion Österreich unterstützen die stärkere Einbindung von Frauen in Friedensprozessen.

Foto: Parlamentsdirektion/Carina Ott



tätig. Trotz der internationalen Anerkennung für die bedeutende Rolle, die Frauen bei der Wiederherstellung des sozialen Gefüges und bei friedensstabilisierenden Maßnahmen übernehmen, kommt die Implementierung der UN-Resolution 1325 und ihrer Folgeresolutionen in der Praxis nur schrittweise voran. Daher wurden die einzelnen UN-Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert einen nationalen Aktionsplan zu entwickeln, der konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 enthält. Österreich verfügt bereits seit 2007 als eines von weltweit 24 Ländern über einen nationalen Aktionsplan und nimmt damit eine Vorreiterrolle in der internationalen Gemeinschaft ein. Auf Basis dieser Vorreiterrolle muss die österreichische Regierung die Stärkung der Partizipation von Frauen in friedensfördernden und konfliktbegleitenden Maßnahmen besonders in Form von Lobbying-Aktivitäten in internationalen und supranationalen Organisationen sowie in bilateralen Kontakten weiter forcieren.

Mit Bezugnahme auf die UN-Sicherheitsratsresolution 1325 und den österreichischen Aktionsplan fordern daher die Abgeordneten der AWEPA-Sektion im österreichischen Parlament, die stärkere Einbindung von Frauen und ihrer spezifischen Interessen in Friedens- und Versöhnungsprozesse speziell in Afrika weiter voran zu treiben, damit eine nachhaltige Friedenskonsolidierung gewährleistet werden kann.

#### Im Einzelnen werden folgende Forderungen formuliert:

- ParlamentarierInnen werden aufgefordert sich vermehrt mit der Thematik zu befassen und die Notwendigkeit der Partizipation von Frauen an friedenskonsolidierenden Maßnahmen im Rahmen von Seminaren, Konferenzen und Kongressen auf nationaler und internationaler Ebene zu thematisieren und für eine verstärkte Partizipation von Frauen in Parlamenten, Diplomatie, Friedensmissionen und Polizei einzutreten.
- Regierungen werden aufgefordert die Erstellung bzw. Implementierung nationaler Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 und ihrer Folgeresolutionen 1820, 1888 und 1889 besonders in Bezug auf die Partizipation von Frauen in Friedensprozessen voranzutreiben bzw. zu intensivieren.
- Die Vorreiterrolle Österreichs bei der Implementierung der UN-Resolution 1325 soll von ParlamentarierInnen und der österreichischen Regierung besonders für das Lobbying bei bilateralen Kontakten genutzt werden, um die Erstellung bzw. Implementierung von nationalen Aktionsplänen zu forcieren.
- Die österreichische Regierung wird aufgefordert weiterhin konkrete Maßnahmen zur Unterstützung lo-

kaler Friedensinitiativen von Frauen und deren Partizipation in Friedensverhandlungen und –prozessen im Rahmen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) zu implementieren und diese besonders in Afrika auszubauen.

**Die AWEPA-Sektion im Österreichischen Parlament unterstützt in vollem Umfang die Anstrengungen und Aktivitäten von AWEPA International.** AWEPA International ist bemüht, einen interparlamentarischen Dialog in der Region der Großen Seen (Burundi, Ruanda, DR Kongo, Uganda, Kenia und Tansania) und am Horn von Afrika zum Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Konfliktzonen, sowie zwischen anderen Ländern, in denen Gewalt gegen Frauen und Mädchen und insbesondere FGM weit verbreitete Praktiken sind, zu initiieren und organisieren.

AWEPA International ist weiters bestrebt, das Thema Gewalt in allen ihren Programmen und Partnerschaften in Afrika zu etablieren und mit der Unterstützung der jeweiligen Parlamente Lobbying bei europäischen Regierungen für die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel zu betreiben, die für die Implementierung der Maßnahmen notwendig sind.

# GROSSES TUN MIT EINEM KLEINEN ZEICHEN – Demokratie heißt FAIR Handeln

Gastbeitrag von Barbara Weinmann, FairTrade Österreich

Nicht nur im Parlament sondern auch im FAIRTRADE-System spielt Demokratie eine große Rolle: Der Faire Handel bemüht sich um demokratische Strukturen und die gleichberechtigte Mitbestimmung aller. Die FAIRTRADE-Standards verbieten zum Beispiel die Diskriminierung aufgrund ethnischer Zugehörigkeit, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politische Gesinnung, nationaler oder sozialer Abstammung. Auch über die Verwendung der FAIRTRADE®-Prämie stimmen die ProduzentInnengruppen demokratisch ab. So verwenden z.B. die Mitglieder der Orangen- und Mangokooperative ANAP in Kuba die Prämiegelder für Infrastruktur (Versammlungsgebäude), technische Ausrüstung (Werkstatt, Traktor) und für nachhaltige Produktionsweise (Diversifizierung beim Anbau, Verbesserung und Einsparungen bei Bewässerung). Die Kooperative produziert unter anderem Mangopüree für die Firma Pfanner, die sich mittlerweile zum größten FAIRTRADE®-Safthersteller weltweit entwickelt hat. Darauf können wir ÖsterreicherInnen stolz sein! Im vergangenen Jahr wurden alleine in Österreich 5,5 Mio. Liter Fruchtsaft und nicht alkoholische Getränke mit dem FAIRTRADE®-Gütesiegel getrunken, das sind 21% mehr als noch vor zwei Jahren. Im Rahmen der FAIRTRADE®-Wochen können engagierte Fairtrader heuer selbst Teil der FAIRTRADE® Ge-

schichte werden: Einfach auf [www.fairstory.com](http://www.fairstory.com) den Film anschauen und über den eigenen Facebook-Account mit Foto verbreiten. Weitere Infos wie Sie den Fairen Handel unterstützen können finden Sie auf unsere neuen Website: [www.fairtrade.at](http://www.fairtrade.at). FAIRTRADE® Österreich konnte 2010 sein gesundes Wachstum weiter fortsetzen. Die öster-

reichischen KonsumentInnen liegen damit weiterhin weltweit im Spitzfeld, während im Bereich der fairen öffentlichen Beschaffung noch großer Aufholbedarf besteht im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern. Am 18. Mai gibt es die Möglichkeit die FAIRTRADE®-Produktneuheiten im Parlament zu verkosten.

„Der Faire Handel bedeutet Zukunft. Mein 27-jähriger Sohn arbeitet mit mir auf der Finca. Auch mein 5-jähriger Enkelsohn hat das Potential später einmal ein phantastischer Bauer zu werden: Er kann bereits Unkraut von anderen Pflanzen unterscheiden.“

Aleiro Figeiras Perez, Vize-Präsident der Kooperative José Martí



Der Faire Handel hilft den Mitgliedern von Kooperativen bei der Anschaffung von technischer Infrastruktur.

Foto: FairTrade Österreich

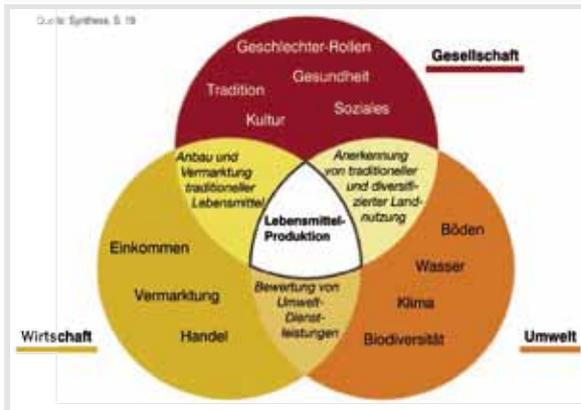
## ENTWICKLUNG DER UMSATZVOLUMINA IM ÖSTERREICHISCHEN HANDEL IN MIO. EUR (SCHÄTZUNG)

GESCHÄTZTE UMSATZVOLUMINA	SUMME IN EUR	BANANEN	KAFFEE	SCHOKOLADEN-PRODUKTE	BLUMEN	FRUCHTSAFT
2010	87 Mio.	24,3 Mio.	17,5 Mio.	16,8 Mio.	10,2 Mio.	7,6 Mio.
2009	72 Mio.	23,4 Mio.	14,5 Mio.	15,4 Mio.	5,1 Mio.	6,3 Mio.
Wachstum im Vgl. zu 2009	+21 %	+3,6 %	+20 %	+9 %	+99 %	+21 %

Quelle: FAIRTRADE Österreich April 2011

## ZAHLEN / FAKTEN / HINTERGRÜNDE

### MULTIFUNKTIONALITÄT IN DER LANDWIRTSCHAFT



„Landwirtschaft ist multifunktional und geht weit über die Lebensmittelproduktion hinaus. Wichtige weitere Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung sind Non-Food-Produkte, Umweltdienstleistungen und Umweltschutz, die Förderung von Existenzgrundlagen, wirtschaftliche Entwicklung, Schaffung von Arbeitsplätzen, Lebensmittelsicherheit und -qualität, soziale Stabilität, Erhalt von Kultur, Tradition und Identität.“ (Global, S. 146)

Quelle: Wege aus der Hungerkrise, **Die Erkenntnisse des Weltagrarberichts und seine Vorschläge für eine Landwirtschaft von morgen.** GLS Treuhand, Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Seite 16.

## Die AWEPA Sektion des österreichischen Parlaments und Fair Trade Österreich laden Sie zu einer FAIRTRADE®-Ausstellung im Parlament ein!

Die Eröffnung der Veranstaltung erfolgt durch Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und den II. Nationalratspräsidenten Fritz Neugebauer im Rahmen eines fairen Frühstücks. Informieren Sie sich über die Hintergründe von Klimawandel und Ernährungssicherheit, verkosten und erwerben Sie fair gehandelte Produkte.

Wo: Säulenhalle, Parlament  
Wann: Mittwoch, 18. Mai 2011, 8.30 – 16.00 Uhr



## Veranstaltungshinweis und Einladung

Die AWEPA Sektion des österreichischen Parlaments lädt zu einer Konferenz zum Thema „Landwirtschaft und Ernährungssicherheit – Wege zu einer kohärenten Politikstrategie“

Dienstag, 28. Juni 2011, 10.00 – 14.00 Uhr / Abgeordnetensprechzimmer, Parlament

**Keynote Speech: Wege aus der Welternährungskrise – Jean Feyder,**  
Botschafter und Ständiger Vertreter Luxemburgs bei der WTO, Autor des Buches „Mordshunger“

[www.nordsued-dialog.org](http://www.nordsued-dialog.org)

Besuchen Sie unsere Website!  
Dort finden Sie detaillierte Informationen zum Projekt und zu den hier behandelten Themen.



Gefördert durch **Österreichische Entwicklungszusammenarbeit**



Gemeinnützige Entwicklungszusammenarbeit GmbH (GEZA)  
Hollergasse 2-6 | A-1150 Wien | Österreich | HG Wien: FN 294642 y  
DVR-Nr. 3006115 | Tel: +43 (0) 1 89 145-343  
office@nordsued-dialog.org | www.nordsued-dialog.org  
Bankverbindung: Erste Bank | Konto 288-153-485/00 | BLZ 20 111

Redaktion: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger, Inge Jäger, Michael Fink  
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net  
Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen und Autorinnen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit dar. Dieser Newsletter wird in der Projektlaufzeit (August 2010 bis Juli 2013) insgesamt 12 Mal herausgegeben.